

THORSTEN GLAUBER

UNSERE WOCHE IM LANDTAG

Liebe Leserinnen und Leser,

die Bundesrepublik Deutschland und der Freistaat Bayern befinden sich zwar nicht im Krieg, aber auch nicht mehr vollständig im Frieden. Wir beobachten Formen hybrider Angriffe auf die Bundesrepublik und ihre europäischen Verbündeten – etwa Sabotageakte an Kabeln in der Ostsee oder gezielte Desinformationskampagnen in sozialen Netzwerken. Besonders deutlich waren in den vergangenen Wochen Überflüge von Drohnen über polnisches und dänisches Staatsgebiet; zuletzt gab es außerdem Vorfälle am Flughafen München. Vor diesem Hintergrund sind zeitnah wirksame Maßnahmen zur Drohnenabwehr erforderlich, um Bevölkerung und kritische Infrastruktur zu schützen.

Unsere Bayernkoalition hat deshalb mit einem Entwurf zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes die Rechtsgrundlage für eine effektive Drohnenabwehr durch die Bayerische Polizei auf den Weg gebracht. Die Polizei soll befugt werden, bei Gefahr oder drohender Gefahr für ein bedeutsames Rechtsgut Drohnen rechtssicher aufzuspüren und außer Gefecht zu setzen. Zudem soll es der Polizei künftig erlaubt sein, eigene Drohnen zu bewaffnen, um im Notfall feindliche Drohnen abwehren zu können. Die Polizei ist entsprechend zu schulen und mit den dafür nötigen technischen, finanziellen und personellen Mitteln auszustatten.

Darüber hinaus ist vorgesehen, die Kompetenzen am Defense Lab Erding zu bündeln, um Synergien mit einem Bayerischen Drohnenkompetenzzentrum zu schaffen. Die Fähigkeit, sich nach außen zu verteidigen, ist nur gewährleistet, wenn die zivile Verteidigung im Inneren funktioniert. Wir FREIE WÄHLER im Landtag sind deshalb entschlossen, geeignete Maßnahmen zum Schutz von Bevölkerung und Infrastruktur umzusetzen. Mehr dazu erfahren Sie in dieser Ausgabe des Newsletters.

Ich wünsche Ihnen viel Freude beim Lesen!



IN DIESEM NEWSLETTER

**BAYERNS LUFTRAUM
SCHÜTZEN!**

**ERÖFFNUNG DER
KLIMAWOCHE IN
HILTPOLTSTEIN**

**STRASSE UND SCHIENE
WEITER MODERNISIEREN**

**UNSERE KLAUSUR AUF
SOCIAL MEDIA**

Unser Dringlichkeitsantrag: Bayerns Luftraum schützen!

Diese Woche haben wir in unserem Dringlichkeitsantrag zum Plenum ein konsequentes Vorgehen gegen Bedrohungen durch unbemannte Luftfahrtsysteme gefordert. Ziel ist der umfassende Schutz des bayerischen Luftraums durch rechtssichere Eingriffsbefugnisse, moderne Technologie und klare Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern.

Denn Drohnen sind längst nicht mehr bloß Spielzeuge oder Werkzeuge der zivilen Nutzung. Sie werden zunehmend für Spionage, Sabotage und Angriffe eingesetzt – auch über Einrichtungen der kritischen Infrastruktur in Deutschland. Bayern darf solchen Bedrohungen nicht tatenlos zusehen. Deshalb unterstützen wir ausdrücklich das von der Staatsregierung geplante Gesetz zum Schutz vor unautorisierten Drohnenüberflügen in Bayern.

Damit erhält die Bayerische Polizei eine rechtssichere Befugnis, gefährliche Drohnen aufzuspüren, zu stören und im Ernstfall unschädlich zu machen. Das ist ein entscheidender Schritt für die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger sowie für den Schutz kritischer Infrastruktur. Gleichzeitig brauchen wir eine klare Regelung auf Bundesebene: Es bedarf einer bundesweit einheitlichen Rechtsgrundlage, die den Abschuss unbemannter Luftfahrtsysteme eindeutig regelt und die Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden erleichtert. Nur so lässt sich verhindern, dass Verantwortlichkeiten zwischen Bund, Ländern und Bundeswehr im Ernstfall unklar bleiben.

Zu unterstreichen ist in diesem Zusammenhang auch die strategische Bedeutung von Forschung und Technologie in diesem Bereich. Mit dem Aufbau des Defense Lab Erding fördern wir ein Innovationszentrum, das Bayern als Standort für Sicherheits- und Verteidigungstechnologien stärkt. Hier entsteht ein Netzwerk aus Forschung, Start-ups und Industrie – und damit ein wichtiger Baustein für die Zukunft unserer wehrhaften Demokratie. Mehr [HIER](#).

Start der Bayerischen Klimawoche in Hiltpoltstein

Am 9. Oktober startet die Klimawoche der Bayerischen Klima-Allianz und findet heuer vom 10. bis zum 19.10. statt. Ziel ist es, mit vielfältigen Aktionen in ganz Bayern die Aufmerksamkeit auf Themen rund um Klima, Klimaschutz, Klimaanpassung und Klimabildung zu lenken. Das Modellprojekt am Obstinformationszentrum Hiltpoltstein zeigt uns, wie wir gleich mehrere Herausforderungen meistern können:

Schutz vor Extremwetterlagen: Die Photovoltaik-Module schützen die Kirschen vor Wetterextremen wie Hagel, Starkregen und Hitze.

Regenwasser clever nutzen: Die innovative PV-Ständerkonstruktion fängt Regenwasser auf und leitet es über ein Rinnensystem in eine Zisterne.

Eigenstrom durch Solarenergie: Der produzierte Solarstrom wird direkt vor Ort genutzt.

Mehr als 200.000 Kirschbäume sind ein starkes Argument. Die Kirsche ist Kultur und Heimat in der Fränkischen Schweiz.



Unser Dringlichkeitsantrag: Sanierung und Ausbau von Fernstraßen und Schienennetz muss endlich vorankommen!

Wir fordern ein rasches Handeln vom Bund, damit die Sanierung und der Ausbau von Fernstraßen und Schienennetz in Bayern endlich vorankommen. Erst im Frühjahr hat Berlin das auf Pump finanzierte Infrastruktur-Sondervermögen beschlossen. Jetzt mangelt es im Verkehrshaushalt an den notwendigen Mitteln für 23 wichtige baureife Straßenbauprojekte in ganz Bayern – etwa für den Ausbau des Münchener Autobahnringes, den Ausbau der A8 am Chiemsee, die B12 in Schwaben, die A3 in Niederbayern sowie für etliche Ortsumfahrungen. Für ausbleibende Investitionen trotz neuer Schuldenberge fehlt den Menschen im Land zurecht das Verständnis.



Das Infrastruktur-Sondervermögen soll allein zusätzliche Investitionen ermöglichen – so ist es im Grundgesetz verankert. Aktuelle Studien von Wirtschaftsforschern nähren jedoch Zweifel, ob der Bund diesem Anspruch gerecht wird. Allein im Verkehrsbereich werden geplante Investitionen in Höhe von 10 Mrd. Euro aus dem Kernhaushalt in das Sondervermögen umgebucht, hat das Kölner Institut der Deutschen Wirtschaft ermittelt. Wir kritisieren diese Haushaltstricks scharf. Der Bund muss endlich seine Sparanstrengungen verstärken und dadurch Investitionsmittel

mobilisieren. Unter der Finanzierungslücke im Verkehrshaushalt leidet letztlich nicht nur die Infrastruktur – auch das Vertrauen in die Politik wird gestört. Nach dem Stromsteuer-Schlamassel muss die Bundesregierung einen weiteren Vertrauensverlust unbedingt vermeiden. Mehr [HIER](#).

Zwischenbericht der Enquete-Kommission: Bürokratieabbau als Chance für einen schlankeren Staat

Diese Woche wurde der Zwischenbericht der Enquete-Kommission „Bürokratieabbau“ im Plenum vorgestellt. Dieser belegt, dass wir bereits zahlreiche Handlungsempfehlungen erarbeitet haben, die unseren Staat schlanker, schneller und moderner machen werden. Nun steht die Umsetzung in die Realität an – für uns ein Herzensanliegen. Denn der Abbau von Bürokratie könnte gerade in wirtschaftlich herausfordernden Zeiten dazu beitragen, unserem hart arbeitenden Mittelstand mehr Luft zum Atmen zu geben und ihm mehr Zeit für das eigentliche Geschäft zu ermöglichen.

Aber auch für die Bürger entstehen neue Freiräume: Ob im direkten Kontakt mit staatlichen und kommunalen Stellen, in ehrenamtlichen Tätigkeiten oder bei der Digitalisierung: In zahlreichen gesellschaftlich wichtigen Bereichen sind umfassende Handlungsempfehlungen beschlossen worden.

Deren Umsetzung könnte zu einem massiven Abbau von Bürokratie führen, Bayern die Vorreiterrolle in Deutschland sichern und zu europäischen Vorbildern aufschließen lassen. All das ist aber eine Herkulesaufgabe. Deshalb müssen wir auch den Bund in die Pflicht nehmen, sich auf nationaler Ebene und EU-weit dafür einzusetzen, ebenfalls dieses neue Bewusstsein zu implementieren.

Die Informationsreise der Enquete-Kommission nach Kopenhagen hat dabei vor allem eines gezeigt: Es ist möglich, das Ausmaß an Bürokratie und die damit einhergehenden Belastungen mit entschlossenem Handeln abzubauen. Gerade die in allen Bereichen anstehende Digitalisierung zwingt uns dazu, Prozesse neu zu denken. Dabei entstehen Freiheiten, die positive Effekte für die Gesellschaft, die Wirtschaft und auch die Verwaltung entfesseln werden.

Seit ihrer Einsetzung im Juli 2024 durch einen Beschluss des Bayerischen Landtags beschäftigt sich die Enquete-Kommission intensiv und unter Einbeziehung von zahlreichen Experten aus der Praxis mit einem breiten Themenspektrum quer durch alle Lebensbereiche. Dabei wird ein klares Ziel verfolgt: es soll für alle einfacher werden. Für die Bürgerinnen und Bürger, für die Unternehmen und für alle Behörden. Das bisherige System wird durch den Input von Praxisvertretern einer Überprüfung unterzogen, bürokratische Hürden und Hemmnisse werden identifiziert und anschließend Empfehlungen für die Umsetzung ausgesprochen. Der Auftrag ist nicht allein auf Landesrecht beschränkt. Auch bundes- und europarechtliche Regelungen werden hinterfragt.

Wind-/PV-Beteiligungsgesetz ist wichtiger Meilenstein beim Ausbau der erneuerbaren Energien

Der Wirtschaftsausschuss hat diese Woche das Gesetz zur finanziellen Beteiligung von Kommunen und Bürgern an neuen Windrädern und PV-Freiflächenanlagen beschlossen. Das Gesetz ist ein wichtiger Meilenstein beim Ausbau der erneuerbaren Energien in Bayern. Alle bayerischen Regionen sind derzeit auf der Suche nach geeigneten Standorten für Windräder, um die gesetzlichen Flächenziele zu erreichen – mancherorts stößt das auf Skepsis. Es ist ein wichtiges Signal, dass Kommunen künftig verpflichtend mitverdienen.

Eine Beteiligung von 0,2 Cent je Kilowattstunde erzeugtem Strom bedeutet, dass rechnerisch etwa 30.000 Euro pro Jahr in den Gemeindehaushalt fließen. Für die Bürgerbeteiligung schafft das Gesetz einen verlässlichen Rahmen, setzt aber auf Freiwilligkeit. Dadurch kann eines der zahlreichen Beteiligungsmodelle flexibel gewählt werden – von verbilligten Stromtarifen bis hin zu unternehmerischen Beteiligungen.

Für zwei Anliegen haben wir uns besonders eingesetzt: Erstens für den Verzicht auf fragwürdige Bürokratie, zweitens für größtmögliche Handlungsfreiheit für Städte und Gemeinden. Die im Gesetzgebungsverfahren erwogene Meldepflicht für den Abschluss von Beteiligungsvereinbarungen wird deshalb nicht kommen. Außerdem sind die Gemeinden frei in der Verwendung der zusätzlichen Einnahmen – sogar für Pflichtaufgaben können die Mittel verwendet werden, solange dadurch die Akzeptanz für erneuerbare Energien gefördert wird.

Bei der Windenergie nimmt der Ausbau weiter Fahrt auf: Im ersten Halbjahr wurden bayernweit 96 neue Anlagen genehmigt. In der letzten EEG-Ausschreibungsrunde hat Bayern doppelt so viele Zuschläge erreicht wie in der vorausgehenden Runde. Das Beteiligungsgesetz ist ein wichtiger Baustein, um die Menschen vor Ort beim Ausbau der Erneuerbaren im Freistaat mitzunehmen. Jetzt ist es an der Bundesregierung, die richtigen Weichen für den Ausbau erneuerbarer Energien zu stellen. Das 10-Punkte-Papier von Energieministerin Reiche geht in eine gute Richtung, etwa wenn es um die bessere Verzahnung von Netzausbau und den Ausbau erneuerbarer Energien geht. Strukturbrüche müssen aber unbedingt verhindert werden, zum Beispiel bei der Förderung von Windkraft im Süden oder bei kleinen PV-Anlagen.

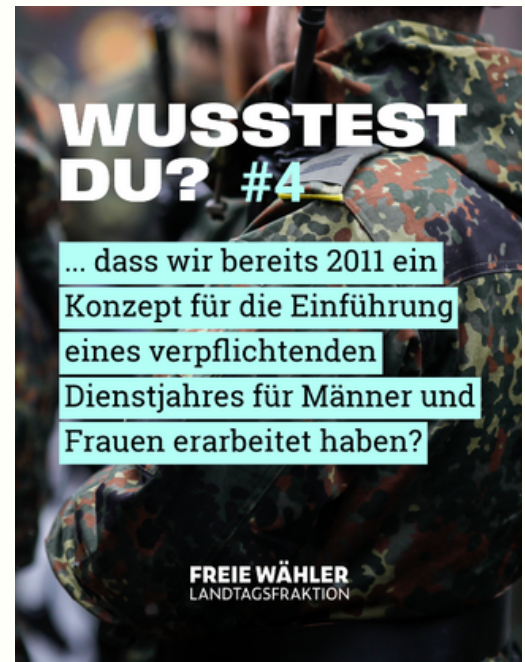
Mehr [HIER](#).

UNSERE WOCHE AUF SOCIAL MEDIA

#MemeDerWoche: Wusstest du?

Wir sind froh, dass die Debatte um die Einführung eines verpflichtenden Gesellschaftsjahres Fahrt aufnimmt. Denn wir haben die Abschaffung der Wehrpflicht schon immer deutlich kritisiert – und schon 2011 ein Konzept für ein verpflichtendes Dienstjahr für Männer und Frauen vorgelegt. Eine parlamentarische Mehrheit zur Umsetzung unserer Initiative gab es bekanntermaßen nicht. Unser Ziel war damals wie heute, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken und gleichzeitig einen Beitrag zur Landesverteidigung

zu leisten. Die Idee: Junge Menschen sollen wählen können, ob sie bei der Bundeswehr dienen oder sich sozial – etwa im Gesundheits- und Pflegesektor – engagieren wollen. Da wie dort brauchen wir mehr Menschen, die diese wichtigen Aufgaben übernehmen. Gleichzeitig bekämen junge Menschen so die Chance, Verantwortung zu übernehmen und einen Beitrag für unsere Gesellschaft zu erbringen. Mehr [HIER](#).



#StreiblsStandpunkt: So ermöglichen wir effektive Drohnenabwehr!

Wie können wir der hybriden Bedrohung durch Drohnen über unseren Flughäfen und anderen sensiblen Orten begegnen? Mit dieser Frage hat sich am Dienstag der Ministerrat beschäftigt. Konkret wurden ein bayerisches Schnellgesetz zur Drohnenabwehr und die Schaffung eines bayerischen Drohnenzentrums beraten. Unser Fraktionsvorsitzender Florian Streibl fasst zusammen, warum wir als Bayernkoalition hier entschlossen vorangehen. Zum Reel auf Instagram geht's HIER.



#MeldungDerWoche:Gesellschaftsjahr für alle?

Die Diskussion um die von Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius vorgeschlagene Gesetzesänderung bei der Wehrpflicht hält an. Unser verteidigungspolitischer Sprecher Bernhard Pohl kommentiert. HIER geht's zur „Meldung der Woche“.

Wir wünschen Ihnen eine schöne Woche!

Impressum

Thorsten Glauber, MdL, Staatsminister

Klosterstraße 10

91301 Forchheim

Tel. 09191/6219735

Fax 09191/6219736

thorsten.glauber@fw-landtag.de

www.thorsten-glauber.de